

Mit der Axt gegen Altenheime

Mehr als 20.000 Menschen haben seinerzeit dagegen protestiert, dass der CDU-geführte Kreistag die Kreiskrankenhäuser an den Sana-Konzern („Regio-Kliniken“) verscherbelt. Die vorrangige und perverse Zielsetzung eines privatisierten Gesundheitssystems ist die Profitmaximierung, und so erhofften sich die Regio-Kliniken durch den Aufkauf von Altenheimen weitere gute Geschäfte. Jetzt, nachdem aus undurchsichtigen Gründen die Heime in Kummerfeld und Elmshorn (Elbmarsch) angeblich Verluste einbrachten, will der Konzern 252 Senioren und 150 Mitarbeiter eiskalt auf die Straße setzen. Dagegen gibt es erhebliche Proteste, die auch von der BALL unterstützt werden, und die noch stärker werden müssen, um die Regio-Kliniken in ihrem asozialen Treiben zu stoppen. Aber auch der Kreis mit seinen 25%-Anteilen muß in die Gänge kommen.

„In der Rüstung sind sie fix, für die Bildung tun sie nix!“

Das neue Schuljahr hat angefangen, und an zwei einfachen Beispielen in Barmstedt ist erkennbar, wie es um das Bildungswesen steht – trotz vieler Schulanfänger:

Viel zu große Klassen: An der James-Krüß-Schule wurden Anfang September zwei, an der Geschwister-Scholl-Schule drei Klassen für die Einschulung eingerichtet. Die Klassenfrequenzen liegen zwischen 22 und 24. Das ist viel zu hoch, zumal in den Klassen unterschiedliche Kinder mit zusätzlichem Förderbedarf integriert sind. An der James-Krüß-Schule bestand die Bereitschaft eine dritte Klasse einzurichten. Eine einfache Rechnung: Bei sechs Klassen lägen die Klassenfrequenzen bei etwa 19 Kindern, was auch nicht gerade wenig ist. Letztlich scheitert die Einrichtung kleinerer Klassen an der Zuweisung von Lehrern. Dies hat die SPD/GRÜNEN/SSW-Landesregierung in Kiel auch nicht nennenswert geändert.

Schulsport: Trotz neuer Sporthallen und eines Hallenbades sieht so der Alltag aus, z. B. in einer dritten Klasse der GGS: eine Stunde Sport und eine Stunde Schwimmen pro Woche. Z. B. im 10. Jahrgang des Gymnasiums: eine einzige Doppelstunde Sport pro Woche. Das ist kläglich. Die gesundheitlichen Probleme des Bewegungsmangels sind bekannt. Eine tägliche Sportstunde wäre eine Mindestantwort in den Schulen. Doch dazu ist das staatliche Schulsystem auch in Schleswig-Holstein nicht in der Lage: es wird an den notwendigen Lehrstellen gespart.

Bei den Bildungsausgaben im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt steht die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu vielen anderen Ländern weit hinten im unteren Mittelfeld. Es gilt weiterhin: „In der Rüstung sind sie fix, für die Bildung tun sie nix“.

Sozialausschuss: Über 100 fehlende Kita-Plätze in Barmstedt

Ein weiterer Kindergarten ist überfällig!

Auf der letzten Sitzung des Sozialausschusses am 12. September wurden von der Stadtverwaltung die aktuellen Zahlen der Wartelisten der Kindergärten vorgelegt. Demnach fehlen für das laufende Kindergartenjahr 63 Plätze für Kita-Kinder sowie 47 Krippen- und 8 Hortplätze. Das sind zusammen 118 fehlende Plätze.

Und für das folgende Jahr (01.08.2017 bis 31.07.2018) sieht die Situation nicht besser aus. Berücksichtigt man, dass angesichts neuer Baugebiete weitere Familien nach Barmstedt ziehen werden, wird sich die Zahl der fehlenden Plätze noch weiter erhöhen.

Bereits in ihrem Programm zur letzten Kommunalwahl hat die BALL gefordert, dass in unserer Stadt ein weiterer Kindergarten geschaffen werden muss.



Im Sozialausschuss wurde einstimmig beschlossen, die Schaffung einer weiteren Krippengruppe in Angriff zu nehmen. Als möglicher Standort wurde das geplante Gesundheitszentrum (Papier Schmidt-Gelände in der Gebrüderstraße) ins Gespräch gebracht. Die Ausschussvorsitzende Mareyke Herrmann

von der BALL verwies darauf, dass umgehend geklärt werden müsse, wer Träger einer neuen Krippe sein kann. Sollte ein bereits bestehender Träger hierfür

nicht in Frage kommen, müsste umgehend eine Ausschreibung erfolgen; ggf. könnte aber auch die Stadt selbst eine Krippe betreiben.

Das Problem der fehlenden Plätze für „Regelkinder“ in den Kitas ist damit allerdings noch nicht gelöst. Die Forderung nach Einrichtung eines zusätzlichen Kindergartens bleibt daher bestehen – besonders auch unter dem Gesichtspunkt, dass im Gebiet Düsterlohe weitere größere Bauvorhaben anstehen.

Über kurz oder lang müssen sich unseres Erachtens die Stadt und die Träger der Einrichtungen mit einem weiteren Problem befassen: Viele Eltern arbeiten auswärts und/oder bis in die späten Abendstunden. Stichwort: Ladenschließzeiten teilweise bis 23:00 Uhr. Die Forderung von Eltern nach einer längeren Öffnung der Kitas auch am Abend wird lauter werden.

Anwohner der Königstraße setzen sich zur Wehr:

So geht es nicht weiter!

Immer mehr Barmstedter/innen setzen sich gegen zunehmenden Verkehrslärm und den zu schnell fahrenden PKW- / LKW-Verkehr zur Wehr. Auch die Anwohner der Königstraße sind von der Verkehrszunahme, vor allem durch den LKW-Lieferverkehr Meierei/Käsefabrik „genervt“. Sie sammelten Unterschriften für mehr Verkehrsberuhigung in ihrer Straße und die Vertreter der Anwohnerinitiative haben ihre Forderungen in den letzten Jahren immer wieder in den Bürgerfragestunden der Stadtvertretung und des Bauausschusses vorgetragen. Sie haben sich an „Rundtischgesprächen“ mit der Stadtverwaltung und den Vertretern der Kreisverwaltung beteiligt. Das Ergebnis fällt aber bisher sehr „mager“ aus. Es konnte zwar eine „Tempo 30“-Regelung, aber nur für LKWs, durchgesetzt werden. „Was nützt uns diese Regelung“, so die Anwohner, „wenn in unserer Straße keine Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden. Die LKWs fahren doch genau so schnell wie vorher.“

In der Zeit vom 14.7.2016 bis 18.7.2016 hat die Stadtverwaltung in der Königstraße mit einem „Smiley“-Messgerät eine Verkehrszählung und Geschwindigkeitsmessung durchgeführt. Es wurden in dem Messzeitraum 26.858 PKWs und 1544 LKWs gezählt. Obwohl in der Königstraße höchstens 50 km/h erlaubt sind, zeigten die Messergebnisse ein anderes Bild:
– 5378 Fahrzeuge 60 km/h
– 546 Fahrzeuge 70 km/h
– 54 Fahrzeuge 80 km/h
– 9 Fahrzeuge 90 km/h
– 2 Fahrzeuge 100 km/h schnell. Wie schnell die LKWs in der Königstraße unterwegs waren und ob sie sich an die 30 km/h Vorgabe halten, kann das städtische Messgerät nicht separat ermitteln.

Die Anwohner fühlen sich in ihrer Kritik bestätigt und fordern von Stadt und Kreis umgehend



Lösungsvorschläge. Wenn es nicht zu einer kontrollierten Tempo 30-Regelung für alle Fahrzeuge kommt, dann wollen sie sich für die Forderung nach einer Einbahnstrassenregelung einsetzen.

Nie mehr vor verschlossener Tür?

Freibad ohne Eintritt

Das von den Stadtwerken betriebene Freibad am See ist eine wunderschöne Anlage, die von zahlreichen Besuchern, vor allem von Familien mit Kleinkindern genutzt wird. Die Wasserqualität im See war in diesem Jahr sehr gut. Um so unverständlicher war es, dass außerhalb der Sommerferien erst um 13 Uhr geöffnet wurde

und an einigen Tagen mit bestem Wetter die Besucher sogar vor verschlossener Tür standen. Nachdem es einige Proteste gegeben hat, wird jetzt eine andere Lösung angestrebt. Wie an zahlreichen Binnenseen seit langem üblich, wollen die Stadtwerke im nächsten Jahr das Strandbad in eine öffentliche Badestelle umwandeln: ohne

Eintritt sollen die Besucher auf eigene Gefahr das Freibad immer nutzen können. Die Unterhaltung der Anlage einschließlich Toiletten, Kabinen und Duschen erfolgt weiterhin durch die Stadtwerke. Die BALL unterstützt diesen Vorschlag. Sinnvoll wäre es, wenn an Wochenenden mit vielen Besuchern die DLRG ergänzend mitwirkte.

Info-Coupon:

- Ich interessiere mich für die Arbeit der BALL und wünsche weiteres Info-Material.
- Ich bitte um ein persönliches Gespräch.

Name _____
Vorname _____
Straße _____
Einsenden an: Helmut Welk,
Nappenhorn 29 · 25355 Barmstedt

Kriegsflüchtlinge

Zahlreiche ehrenamtliche Helfer kümmern sich in Barmstedt und den Umlandgemeinden um die Betreuung von Kriegsflüchtlingen und Verfolgten. Der BMTV, FC Heede und der SSV Rantzau engagieren sich. Der SSV Rantzau wurde dafür jüngst vom Hamburger Fußballverband mit dem hochdotierten „Integrationspreis“ ausgezeichnet. Die Stadt hat für eine vergleichsweise menschenwürdige dezentrale Unterbringung in normalen Wohnungen gesorgt. Jetzt hat der Sozialausschuss die Verlängerung der Beratungsstelle im „Leuchtturm“ in der Reichenstrasse beschlossen. Das alles ist gut. Die andere Seite ist pure Heuchelei, man könnte auch von „Verarschung“ sprechen: während vor Ort um Willkommenskultur und Integration gerungen wird, bereitet die Bundesregierung massenhafte Abschiebungen vor. Wie pro asyl mitteilt, erhalten immer mehr Flüchtlinge aus Afghanistan, Syrien, Eritrea oder dem Irak keinen Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention zuerkannt, obwohl sich



die Lage in diesen Ländern eher weiter verschärft hat. Familien bleiben zerrissen, da Flüchtlinge mit „subsidiärem“ Status erst nach einigen Jahren ihre Familien nachholen können, wenn sie denn noch leben. Bei unsicherer Bleibeperspektive gibt es keine Sprach- und Integrationskurse

für diejenigen, von denen man vor kurzem die Anpassung an die „deutsche Leitkultur“ gefordert hat. Und es kommt noch schlimmer: die EU verhandelt gegenwärtig mit den schlimmsten Regimes, ob sie gegen Bares Flüchtlinge zurücknehmen. So entstehen „sichere Herkunftsländer“.

Steuerflucht und Kinder

Die EU-Kommission schätzt, dass die multinationalen Konzerne – google, amazon, ikea, apple – durch legale, halblegale und illegale Steuertricks den EU-Ländern eine Billion (!) Euro an Steuern vorenthalten. Eine Billion, das sind 1000 Milliarden Euro. Die wahren Steueroasen heißen nicht Panama oder Cayman Islands, sondern Luxemburg, Niederlande, Belgien oder Deutschland. Die verschiedenen Regierungen von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen haben es zugelassen und durch Steuersenkungen sogar gefördert, dass Großkonzerne und Einkommensmillionäre der Bevölkerung in Deutschland jährlich etwa 190 Milliarden Euro an Steuern vorenthalten. Mit einem Bruchteil dieser Gelder könnte nicht nur die hohe Kinderarmut in Deutschland beseitigt werden. Eine aktuelle Bertelsmann-Studie belegt, dass fast zwei Millionen Kinder in Hartz-IV-Haushalten in Armut aufwachsen. Vor allem betroffen sind Kinder, die mit alleinerziehenden Müttern oder Vätern sowie in Familien mit drei

oder mehr Kindern aufwachsen. Im Kreis Pinneberg lebt jedes zehnte Kind von Hartz-IV, in

Barmstedt etwa 200 Kinder und Jugendliche, wie die BALL in ihrer letzten Zeitung berichtete.



Grundwasser vergiftet

Nitratbelastung

Seit vielen Jahren ist das Problem bekannt: vor allem durch die Massentierhaltung und die intensive Düngung von landwirtschaftlichen Flächen gelangt zu viel Nitrat ins Grundwasser. Der Stoff steht im Verdacht krebserregend zu sein. Jetzt zeigt eine aktuelle Studie des Kieler Umweltministeriums, dass in den letzten zehn Jahren nichts besser wurde. Im Gegenteil: Mittlerweile sind 23 von 55 Grundwasserkörpern viel zu sehr nitratbelastet. Rund die Hälfte

der Landesfläche in Schleswig-Holstein ist inzwischen stark nitratverseucht. Die Wasserwerke müssen teuer die Reinigung des Grundwassers versuchen, die Verbraucher zahlen dies in bar und mit ihrer Gesundheit. Das Trinkwasser künftiger Generationen ist in Gefahr. Doch die CDU/CSU/SPD-Bundesregierung setzt keine wirkungsvolle Düngeverordnung durch, denn dies würde die Profitinteressen der Chemiekonzerne und der industriellen Agrarkonzerne berühren.

Bundesweite Protestdemonstrationen am 17.9.2016

Über 300.000 gegen TTIP und CETA

Der 17. September war der Höhepunkt der bundesweiten Protestaktionen gegen die Verabschiedung der Handelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA). Rund 320.000 Bürgerinnen und Bürger gingen in 7 deutschen Städten – darunter auch Hamburg – auf die Straße. Aufgerufen dazu hatte ein breites Bündnis von Gewerkschaften, Verbänden und Organisationen – darunter der DGB, Greenpeace, der Mieterbund, der BUND und der Verband Solidarische Landwirtschaft. Ein Meer von Transparenten und Fahnen füllte den Rathausmarkt, als sich 65.000 Menschen in Hamburg zum Protest gegen die geplanten Abkommen versammelten.



Mit diesen Abkommen soll internationalen Konzernen Tür und Tor geöffnet werden um ihre Profite noch weiter in die Höhe zu schrauben. Die Gefahr dabei: Arbeitnehmerrechte, die in jahrelangen Auseinandersetzungen erkämpft wurden, geraten in Gefahr. Umweltstandards und Normen des Verbraucherschutzes können herabgesetzt werden genauso wie demokratische Errungenschaften.

Barmstedter Wasser von einem US-Konzern?
CETA und TTIP enthalten z.B. eine Reihe von Regeln, die den Handlungsspielraum von Städten und Gemeinden unmittelbar einschränken würden. Dazu zählt der „Investorenschutz“,

ausgeweitete Ausschreibungsregeln für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen sowie Liberalisierungsverpflichtungen bei Dienstleistungen. Eine Welle von Privatisierungen ist zu befürchten. Und es ist dabei durchaus denkbar, dass die Wasserversorgung in unserer Stadt an einen (US-)Konzern übergeht. Katja Karger, regionale DGB-Vorsitzende, forderte in ihrer Rede auf der Kundgebung daher auch: der Zugang der Bevölkerung zu Wasser, als dem wichtigsten Lebensmittel, zu Bildung und Gesundheit muss frei sein!

Wo es um Soziales geht, haben Profitinteressen nichts verloren – genauso wenig wie bei der Ausübung von demokratischen Rechten.

TTIP ist nicht tot?

Bundeswirtschaftsminister Gabriel (SPD) äußerte unlängst, dass seiner Meinung nach TTIP tot sei. Dieses ist sicherlich eine Reaktion auf die zahlreichen Proteste. Er will den Gegnern des Abkommens den Wind aus den Segeln nehmen. Die Kanzlerin Angela Merkel (CDU) ist da ehrlicher. Sie macht sich mit ihrer Befürwortung der Abkommen

ganz offen zum verlängerten Arm internationaler Konzerne. Gleichzeitig jedoch lobt Gabriel das Abkommen mit Kanada (CETA), das bereits ausgehandelt ist und im Oktober offiziell unterzeichnet werden soll. Aber CETA ist nichts anderes als eine Blaupause für TTIP. Schon mit CETA können rund 40.000 US-Unternehmen über kanadische Tochtergesellschaften Sonderklagerechte ausüben.

Ja zu einer gerechten Handels- und Investitionspolitik

Die Veranstalter der Demonstra-

tionen und Kundgebungen am 17.9. haben klare Zielsetzungen zum Ausdruck gebracht:
-Umwelt-, Sozial-, Daten- und Verbraucherschutzstandards erhöhen statt sie zu senken oder auszuhebeln;
-Arbeitsstandards wie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festschreiben statt sie auszuhöhlen;
-öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge stärken statt sie zu schwächen;
-kulturelle Vielfalt und öffentliche Bildungsangebote fördern statt sie als Handelshemmnis zu betrachten;
-bäuerliche und nachhaltige Landwirtschaft sowie artgerechte Tierhaltung voranbringen statt Gentechnik und industrielle Landwirtschaft zu fördern;
-die Macht von Konzernen und Finanzmarkt-Akteuren begrenzen statt sie zu vergrößern;
-global ausgerichtet sind statt die Mehrheit der Menschen auszugrenzen und
-transparent und offen verhandelt werden statt geheim und in Hinterzimmern.

Auf der Kundgebung forderten mehrere RednerInnen unter riesengroßem Beifall die Teilnehmer eines SPD Partei-Konvents zu CETA auf, dieses Abkommen abzulehnen.

Der SPD Parteivorstand hatte

dem Konvent einen Leitantrag vorgelegt, in dem die Zustimmung zum Abkommen beschlossen werden sollte. Nebenbei bemerkt: auch der Kreis-Pinneberger-Bundestagsabgeordnete der SPD Ernst-Dieter Rossmann ist ein Befürworter der Abkommen.

Am 19. September fand dieser „kleine Parteitag“ statt. Und leider haben sich viele (linke) Delegierte von Gabriel, Scholz und Co. einseifen lassen. Die Zustimmung zu CETA hat eine große Mehrheit gefunden. Zwar ist ein Kompromiss ausgehandelt worden, der eine Art Nachverhandlungen zum Abkommen vorsieht. Ob diese jemals stattfinden werden, ist aber äußerst fraglich. Vielmehr geht es bei dem Kompromiss wohl hauptsächlich darum, parteiinterne Skeptiker ruhig zu stellen. Hätte diese Veranstaltung vor der Berliner Wahl stattgefunden – die SPD wäre noch weiter abgerutscht.

Den Protest unterstützen!

Im Vorfeld der Demonstrationen gab es eine bundesweite Unterschriftensammlung für eine Bürgerklage. Diese Klage gegen die Abkommen ist von 125.000 Menschen unterschrieben und jetzt eingereicht worden.

In Schleswig-Holstein hat sich eine Initiative gebildet, die sich an die Landesregierung wendet mit der Aufforderung im Bundesrat gegen die Gesetze zu stimmen. Informationen unter: <https://sh-stoppt-ceta.de>